

Das superrote Infoblatt

Kommunalpolitische Informationen der KPÖ Linz

KPÖ



Als eine von über 60 Organisationen im Bündnis „Linz gegen Rechts“ war die KPÖ bei den Demonstrationen gegen Pegida aktiv mit dabei.

Ein kräftiges Zeichen gegen Hass und Hetze

Bereits zweimal scheiterte der Versuch der selbst ernannten „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlands“ (Pegida) in Linz Fuß zu fassen.

Am 8. wie auch am 21. Februar zeigten tausende AntifaschistInnen, dass der von Hardcore-Rechtsextremen und auch manchen FPÖ-Funktionären unterstützte Pegida-Rummel in Linz

unerwünscht ist.

Beschämend ist hingegen die Rolle des Innenministeriums: 700 PolizistInnen, großräumige Sperren vom Bahnhof über den gesamten Volksgarten bis

zur Goethekreuzung, Hubschrauberüberwachung und Platzverbot wurden aufgeboten um gerade hundert Pegidas vor dem antifaschistischen Protest zu schützen.



Gerlinde Grün
KPÖ-Gemeinderätin
www.gemeinderaetin.at

Magistratsreform: Die Stadt als Firma?

Die SPÖ drückt mit Hilfe der FPÖ die umstrittene Magistratsreform durch und will so zehn Millionen Euro sparen.

Damit halten an der Privatwirtschaft orientierte Organisationsstrukturen Einzug ins Rathaus. Unter dem Motto „Schlanker, straffer, effizienter“ soll die Verwaltung billiger werden. Niemand hat etwas dagegen, wenn

Hierarchien flacher und Dienstwege kürzer werden. Dass durch die Hintertür der Personalabbau weiter vorangetrieben und der Leistungsdruck steigt, wird unter den Teppich gekehrt.

Auch ist davon auszugehen, dass unter den Schlagwörtern Synergienutzung und Kosteneffizienz Dienstleistungen ausgegliedert und das städtische Angebot dadurch verschlechtert wird.

Braucht Linz neue Autobahnen?

Im Februar wurde die Trasse für eine Ostumfahrung präsentiert. Die Wahl fiel auf eine stadtnahe Variante über Ebelsberg. Neben dem Westring also noch eine neue Autobahn für Linz?



Hayk Pöschl *Architekt*

Das lässt sich mit gutem Gewissen ganz einfach mit Nein beantworten, und auch vortrefflich ein Wozu anfügen. Nein, wozu soll Linz neue Autobahnen brauchen? Mag provokant klingen, ist aber auch als Gegenfrage durchaus als Antwort zu verstehen. Es ist absurd, ein Problem verkleinern zu wollen, indem man es stets vergrößert!



Sibylle Ettengruber *wohnt in der Rudolfstraße*

Die Rudolfstraße ist ein Nadelöhr für PendlerInnen. Die Öffi-Verweigerer fahren, meist alleine im Auto sitzend, zur Arbeit und wieder heim und sehen sich durch weitere Straßen bestätigt. Was würden sie sagen, wenn diese Autos täglich vor ihrer Haustür vorbeifahren? Fahrgemeinschaften, Radfahren oder Mühlkreisbahn sind umweltschonende Alternativen.



Jörg Weiss *Carsharer, nutzt das Auto sehr selten*

Zusätzliche Straßen haben zur Folge, dass mehr Menschen mit dem Auto fahren. Linz braucht keine neue Autobahn sondern attraktive Öffis. Schnelle und gute Mobilität ist mit einem gut ausgebauten öffentlichen Verkehr möglich. Nachhaltige Mobilität schafft Lebensqualität, denn die Städte gehören den Menschen und nicht den Autos.

Syrizas Botschaft an Europa

Der Wahlerfolg von Syriza beendet das Dogma „There Is No Alternative“, es gäbe keine Alternative zur neoliberalen Marktwirtschaft.

Doch, es gibt eine Politik, bei der die Menschen und nicht das Kapital im Vordergrund stehen. So einfach und gleichzeitig so bahnbrechend ist die Botschaft durch die Entscheidung der GriechInnen. Das eröffnet Spielräume, es geht auch anders, auch im Rest Europas und der Welt.

Solidarität ist notwendig

Doch kommt die griechische Regierung nicht weiter ohne die Unterstützung der Bewegungen im Land und in Europa und ohne die Linke in anderen Ländern, in Österreich, Europa, weltweit. Die GegnerInnen sind mächtig, die neoliberale Hegemonie und die kapitalistische Marktwirtschaft. Solidarität mit Griechenland ist auch ein Impuls die Linke zu stärken, hier und überall. Wenn die Kräfteverhältnisse verändert werden, weiten sich die Spielräume für eine andere Politik aus.



Barbara Steiner

arbeitet für transform!, europäisches Netzwerk für alternatives Denken und politischen Dialog

Nach rechts offen wie ein Scheunentor

SP-Schulterschluss mit der Burschenschaftler-FP, Bürgermeister-Besuch bei den „Grauen Wölfen“, Landesehrung für FP-Stadtrat Wimmer, Pegida-Aufmarsch mit Polizeischutz. Höchst unerfreuliche Ereignisse, die zeigen dass es in Linz eine deutliche Stimme gegen rechts braucht.



Die „Grauen Wölfe“ beim Maiaufmarsch der SPÖ 2014 am Hauptplatz

Während die SPÖ zur Teilnahme an den Antifa-Demos gegen Pegida aufrief, waren Sozialstadtrat Giegler und Gemeinderat Leidenmühler Gast bei einem Fest des Vereins Avrasya der „Grauen Wölfe“.

Schon seit Jahren setzt die SPÖ aus wahltaktischen Gründen nicht mehr auf linke kurdische, sondern auf extrem nationalistische türkische Vereine wie Atib oder Avrasya. Damit stoßen Luger & Co. nicht nur die antifaschistischen Kräfte vor den Kopf, sondern missachten auch einen SPÖ-Parteitagbeschluss vom November 2014.

Kumpanei mit Burschenschaftlern

Der Stadtwache-Umfall-der SPÖ nach der Wahl

2009 war erst der Anfang. Seit dem Bürgermeister-Wechsel mehrten sich die als „sachpolitisch“ verharmlosten Schulterschlüsse der SPÖ mit der FPÖ. Dass diese von strammen Burschenschaftlern der Arminia Czernowitz geführt wird, die vom Dokumentationsarchiv als besonders rechtslastig charakterisiert wird, stört Luger & Co. offenbar nicht.

Nicht einmal peinlich ist der Bürgermeisterpartei auch, sich der FPÖ als Vorreiter bei der Abschaffung des Gratisessens in Kindergärten, der Verschlechterung des Aktivpasses, der Verschärfung des Bettelgesetzes oder der Schließung von Jugendzentren anzuschließen.

Landesehrung für Wimmer

Einmal mehr hat die ÖVP die Grünen als offiziellen Koalitionspartner mit einer Ehrung des Linzer FPÖ-Stadtrates Wimmer vor den Kopf gestoßen. Dass Landesrat Anschöber gegen diese Auszeichnung stimmte ehrt ihn, ebenso dass Ex-Grünen-Klubobmann Trübwasser aus Protest eine Landesehrung zurücklegte. Beschämend hingegen die Rolle der SPÖ-Regierungsmitglieder Entholzer und Jahn, die bei der Abstimmung feig den Saal verließen. Doch gerade heuer, 70 Jahre nach der Befreiung vom Nazi-Faschismus, ist es daher notwendig gegenüber allen Rechtstendenzen wachsam zu sein.

Spitze Splitter aus dem Gemeinderat

Teurer Strand-Witz

Bei Gegenstimme der KPÖ beschlossen SPÖ, ÖVP und FPÖ die Gestaltung eines „Donaustrandes“ vor dem Brucknerhaus. Für den Pseudo-Strand auf einem gerade 1.100 Quadratmeter großen Fleckchen werden 100.000 Euro verpulvert.

Leerstand urgiert

Mit einer Anfrage hat GR Gerlinde Grönn den Leerstand von Wohnungen, Büros und Betriebs- und Gewerbeflächen thematisiert. Gefragt wird nach Möglichkeiten der systematischen Erfassung sowie Nutzbarmachung dieser Kapazitäten, vor allem in Hinblick auf den Wohnungsbedarf.

Alles paletti am Airport?

Zur KPÖ-Anfrage betreffend den Flughafen Linz-Hörsching teilte Finanzreferent Forsterleitner mit, dass es weder Zuwendungen noch Haftungen für die Flughafen Linz GmbH gibt und von 2005 bis 2014 insgesamt 6,7 Mio. Euro Gewinn an die Stadt als Miteigentümer ausgeschüttet wurden. Die Eigenmittelquote sei „hervorragend“, besondere Maßnahmen nicht notwendig.

Wie frei ist Straßenmusik?

Im Jahr 2013 gab es 187 Bewilligungen für Straßenmusik teilte Bgm. Luger zu einer KPÖ-Anfrage mit. Wegen illegalem Musizieren infolge fehlender Bewilligung gab es 48 Anzeigen. Eine Lockerung der Regeln kann sich der Bürgermeister vorstellen, wenn dies weniger Bürokratie bedeutet.

Städtebaulicher Nonsens

Einen vernünftigen Grund, Hochhäuser zu bauen, gibt es nicht. Denn sie sind schlicht ökonomischer Schwachsinn und richtiggehende Energieschleudern.

Nun soll aber ein weiteres Büro-Hochhaus am Bulgariplatz entstehen, obwohl es genug Leerstand an Büroflächen gibt. Gegen den geplanten Betonklotz laufen AnrainerInnen und Leute vom Fach Sturm. Die SPÖ will dieses Projekt jedoch unbedingt durchziehen und bekam nun dafür im Ge-

meinderat Schützenhilfe von der FPÖ. Obwohl man das Büro-Hochhaus so dringend braucht wie einen Kropf - denn es profitieren davon nur ein Immobilienunternehmen und ein Architekturbüro - wurde der Bebauungsplan dafür über die Köpfe der AnrainerInnen hinweg stillschweigend abgeändert. Ursprünglich war am Bulgariplatz eine Bauhöhe von 26 Metern zugelassen, jetzt hat man sie auf 66 erhöht. So einfach und ignorant geht das. SPÖ und FPÖ nennen es „Demokratie“, wir nennen es Frechheit.



Am Bulgariplatz soll ein 66 Meter hohes Hochhaus kommen.

Schleichende Privatisierung der Tabakfabrik

Seit der Gemeinderatssitzung im Jänner 2015 ist es von den Fraktionen beschlossene Sache. Die Stadt als Eigentümerin der Tabakfabrik macht sich auf die Suche nach privaten Investoren für das 80.000 Quadratmeter große Gelände des Linzer Architekturjuwels.

2009 hatte die Stadt die Tabakfabrik gekauft und eine Entwicklungsgesell-

schaft (TFL) gegründet. Das Ergebnis des offen gestalteten Entwicklungsprozesses ist eine bunte Landschaft von Firmen, Vereinen und Veranstaltungen auf dem bis dato erschlossenen Gelände.

Die SPÖ ging in die Knie

Die ÖVP und FPÖ verfolgten zuletzt eine systematische Blockadepolitik bezüglich der Freigabe der für den weiteren Ausbau nötigen städtischen Investitionen von sechs Millionen Euro

für die kommenden vier Jahre. Entgegen ihren Beteuerungen ging die SPÖ letztendlich in die Knie und gab dem Drängen der ÖVP bezüglich der Öffnung dieses wichtigen Stadtteilentwicklungsprojekts für Investoren nach. Die KPÖ warnt vor der Gefahr einer schleichenden Privatisierung. Gerade die Geschichte der Tabakfabrik vom florierenden Produktionsbetrieb in öffentlicher Hand zum Privatisierungsopfer ist Mahnung genug und darf sich nicht wiederholen.

Aktuell, Nummer 2, März 2015

Impressum: Medieninhaberin (Verlegerin), Herausgeberin: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Telefon +43 732 652156, Mail ooe@kpoe.at, Web ooe.kpoe.at; Konto Oberbank IBAN AT52 1500 0004 8021 9500, BIC OBKLAT2L, Druck: druck.at, Leobersdorf. Fotos: Archiv, Scheinost, Stadt Linz



Antwortkarte (oder E-Mail an: ooe@kpoe.at) Ja, ich bin interessiert, schickt mir Infomaterial:

Folder: Kommunalprogramm Gemeinderatsbilanz Energiegrundsicherung

Broschüre: Sepp Teufel Februar 1934 Freifahrt Henriette Haill

Probeexemplar: Volksstimme Die Arbeit Der Mieterschutz Café KPÖ

Infos zum Thema:

Newsletter an meine E-Mailadresse:

Name und Anschrift:

Porto bei
der Empfängerin
einheben

ANTWORTSENDUNG

An die
KPÖ-Linz
Melicharstraße 8
4020 Linz